

Ercheint täglich  
mit Ausnahme der  
Sonntage und Feiertage.

Abonnementpreis  
monatlich 50 P., 1/2 jährlich 1.00 M.  
jährlich 1.80 M.  
Durch  
die Post bezogen 1.65 M.

„Die Neue Welt“  
(Unterhaltungsbeilage), durch  
die Post nicht bezugsbar. Liefert  
monatlich 10 P., 1/2 jährlich 30 P.

# Volkshlatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weizenfels-Beiz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geiſtſtraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telephon-Nr. 1047.

Telegramm-Adresse: Volkshlatt Halle/a.

Nr. 93

Halle a. S., Freitag den 21. April 1899.

10. Jahrg.

## Freitag Gewerkschaftsversammlung im Bellevue. Thema: Arbeitersekretariat. Ref.: Willarg-Berlin.

### Die Gewerbeordnungs-Novelle.

Berlin, 19. April.

Der Reichstag begann am Mittwoch die erste Beratung der Gewerbeordnungs-Novelle. Die Vorlage enthält u. a. die Festsetzung der Konzessionspflicht für das Gewerbe der Stellen-Vermittler und Gesinde-Vermittler, ferner Bestimmungen zum Schutz der in der Konzeptionsbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie der Angestellten in kaufmännischen Betrieben mit offenen Büchern. Für letztere Kategorie von Angestellten wird unter anderem eine Minimallohnzeit von zehn Stunden festgesetzt. Außerdem kann auf Antrag von zwei Dritteln der Landesbehörden einer Gemeinde ein einheitlicher Lohnschluß von der Behörde festgesetzt werden. In Verbindung damit wurde der Antrag des Nationalliberalen Freiherrn von Helldorf über den Arbeiter-schutz in Werkstätten der Hausgewerbebetriebe enthält mit besonderer Berücksichtigung der Konzeptionsbranche, und der Antrag des Nationalliberalen Wassermann, welcher auch für Privatbeamte, insbesondere für Werkmeister, Techniker u. s. w. die Bestimmungen des neuen Handelsgesetzbuchs über die Vereinbarung von Kündigungsfristen einführen will. Zunächst befürwortete die Abg. Hehl von Herrnsheim den Antrag des Reichstages. Letzterer erklärte, daß seine Partei der Regierungsvorlage im ganzen wohlwollend gegenüber stünde. Von den Bestimmungen über die Konzessionspflicht müßten die besseren Theatervorlagen ausgenommen werden. Der national-liberale Rehner erklärte, persönlich dem 8 Uhr-Lohnschluß sympathisch gegenüber zu stehen.

Abg. Wasseremann empfahl auch die Anstellung besonderer Handelsinspektoren. Wenn es nicht gelinge, die Vorlage noch in diesem Sommer zu erledigen, so solle man den Reichstag vertagen.

Staatssekretär Graf Borsowski stellte im Gegenatz zum Abgeordneten Wassermann die Theatervorlagen als Leute hin, denen man schärfer auf die Finger legen müßte. Der Hauptteil seiner Ausführungen widmete der Staatssekretär den auf den Schutz der Handelsgewerbetreibenden bezüglichen Bestimmungen der Vorlage. Gewichtig durch die Erfahrungen mit der Waidereibordnung sei die Regierung jetzt vorsichtiger geworden und verlange nur eine 10stündige Minimal-Arbeitszeit. Eine einheitliche Regelung des Lohnschlusses sei wegen der örtlichen Verhältnisse und auch wegen der verschiedenen Arbeit in den einzelnen Gewerkschaften unumkehrbar. Der Antrag des Herrn Hehl zu Herrnsheim gehe wie zu weit.

Abg. Hehl von Stumm wandte sich scharf gegen die Ausdehnung der Arbeitszeitgesetzgebung auf die Hausindustrie. Wenn man die Regierungsvorlage nicht mit denartigen Bestimmungen bepacke, werde es möglich sein, sie ohne Kommissionsberatung in zweiter Lesung im Plenum zu erledigen.

Abg. Bannack (Soz.) Es sei sehr bedauerlich, daß man an der Gewerbeordnung so oft Hindernisse mache, anstatt ein organisiertes Gesetz zu schaffen. Die Heimarbeit habe überhaupt keine Berechtigung und sei am besten aus dem modernen sozialen Rahmen zu streichen. Die Vorlage sei ganz unzulänglich. Sie müsse ganz umgestaltet werden in einer den Interessen der Arbeiter dienenden Weise, wenn sie annehmbar werden solle. Die Gewerbeaufsicht müsse auf das Handwerk und auch auf die Heimarbeit ausgedehnt und vollständig organisiert werden. Ein Reichsarbeitsamt müsse geschaffen werden. Die ganze Arbeitergesetzgebung müsse einer gründlichen Revision unterzogen und den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechend umgestaltet werden. In mancher Beziehung konnte sich Deutschland die schweizerische Gesetzgebung auf diesem Gebiete zum Muster nehmen. Der Ausdehnung der Konzessionspflicht auf Gesundheits- und Kautionsarbeiten würden wir kaum zustimmen können. Diese Personen beuten allerdings jetzt die, welche sich an sie wenden, oft in unerwarteter Weise aus. Am besten würde man aber diesen Uebelthäter ausschließen. Man solle verboten würde, daß von Stellenfuchsenden durch den Stellenvermittler Gehälter erhoben werden. Das sei einer Konzessionspflicht vorzuziehen, gegen die auch der Umfang spreche, daß dabei wieder der Besizer noch weitere Klatschbetrügereien eingebracht werden. In Bezug auf die Arbeiterrolle auf dem Lande würde ein Konzessionsmangel auf dem Lande nicht nur abgeholfen werden durch bessere Bezahlung und Behandlung der Arbeiter. Es wüßte ich, daß man die Gesinde-Vermittler nicht mit in das Gesetz aufgenommen hat. Auf diesem Gebiete wird doch sehr viel gethätigt. Die Thätigkeit dieser Personen ist doch meist eine geradezu unmoralische. Im Interesse des Moral- und Sittlichkeits müsse man gegen diese Personen scharfe Bestimmungen treffen. Rehner erklärte auch die Bestimmungen über die Arbeitszeit und Arbeits-

pausen in offenen Ladengeschäften für völlig unzureichend und tritt für den 8 Uhr-Lohnschluß, Gewährung von Ferien u. c. ein. Wir werden nicht erlauben, bis wir unsere Ziele erreicht haben. (Beifall 5. d. S.)

Nachdem sich der konservative Abg. Jacobstötter namens seiner Partei im wesentlichen zustimmend zu der Vorlage geäußert hatte, aber den Antrag Hehl zu Herrnsheim scharf bekämpft hatte, worin sich ihm der liberal-konservative Abg. Pauli angeschlossen, wurde die Beratung auf Donnerstag vertagt.

### Tagesgeschichte.

Halle, 20. April 1899.

Das Abgeordnetenhaus beriet am Mittwoch über die Anträge, betreffend die Regelung der Schulunterhaltungspflicht. Die Freikonservativen hatten wiederum eine Resolution eingebracht, welche die Regierung ersucht, spätestens in der nächsten Session einen Gesetzentwurf, betreffend die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen einzubringen in dem Sinne, daß gemäß Art. 25 der Verfassung die Unterhaltungspflicht allgemein den bürgerlichen Gemeinden und den Großbezirken auferlegt wird. Die Konservativen, welche bereits in der vorigen Session diesen Antrag durch Betonung des konfessionellen Prinzips so fall gebracht hatten, hatten wiederum eine Gegenresolution eingebracht, wonach bei der Einbringung eines der Schulunterhaltungsklagen regelnden Gesetzentwurfs der konfessionelle Charakter der Volksschule sowie die Rechte der Gemeinden und Eltern aufrecht erhalten und geschützt werden sollen. Es wiederholte sich ganz das Schauspiel aus der vorigen Session. Für den freikonservativen Antrag traten die freikonservativen Abgeordneten Reinecke und Bänig-Schmidlein, von der freisinnigen Volkspartei Abg. Reitelstam, die Abgeordneten Rickert und Pöhl von der freisinnigen Vereinigung und die nationalliberalen Abg. Dr. Friedberg und Seydel ein. Die Rehner der Konservativen und des Zentrums, die Abg. v. Seydebrand und Winkler sowie Dr. Porzig vom Zentrum betonten, daß die Schulunterhaltungspflicht nicht unabhängig von der Einbringung eines allgemeinen Schulgesetzes im Sinne des bekannten Jelligk'schen Entwurfs geregelt werden dürfe. Kultusminister Dr. Boffe erklärte für seine Person die Einbringung eines Schulunterhaltungsgesetzes als dringend notwendig, die Grundzüge insbesondere müßten härter zu der Schulunterhaltung herangezogen werden. Der Minister warnte vor Ueberspannung der konfessionellen Forderungen. Seine Mahnungen blieben aber erfolglos. Mit der Motivierung, daß die Konservativen überaus feindselig gegen den freikonservativen Antrag aufgetreten seien, beantragte Abg. v. Karoborn namensliche Abstimmung über die Frage, ob beide Anträge einer Kommissionsberatung unterzogen werden sollen. Der Antrag auf kommissarische Beratung wurde in namenhafter Abstimmung mit 177 gegen 132 Stimmen abgelehnt. Die Mehrheit für die Ablehnung legte sich aus den Konservativen und dem Zentrum zusammen. Derselbe Mehrheit lehnte den freikonservativen Antrag ab, nach demgegen der konservativen Antrag an. Am Donnerstag fällt die Plenaragung mit Rücksicht auf die Kommissionsverhandlungen aus. Am Freitag steht die erste Beratung der Vorlage, betr. die Dienststellung der Kreisärzte und die Bildung von Gesundheitskommissionen auf der Tagesordnung.

Stumm als Gegner der Kanalvorlage. Der Verein der westlichen Gruppe deutscher Stahl- und Eisen-Industrieller und der Verein zur Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Saar-Industrie hat auf Veranlassung Stumms in einer Rundschreibung dagegen protestiert, daß die durch Industrie durch den Mittelkanal einen Vorprung erlangt von der Saar-Industrie im Absatz nach Berlin. Stumm hat es von jeher mehrheitlich verstanden, die Wirtschaftspolitik nach Maßgabe seiner Spezial-Interessen zu gestalten.

Die Kanalkommission zählt unter ihren 28 Mitgliedern 14 Freikonservativen und Konservativen, 7 Zentrumsmitglieder, 5 Nationalliberale und 2 Freisinnige. Die 14 Konservativen und Freikonservativen, unter denen sich nur ein einziger Kanalkund befindet, sind allein schon im Stande, die Vorlage zu Falle zu bringen. Zudem sind von den 7 Zentrumsmitgliedern mindestens 2 Kanalgegner, so daß es also gar nicht unwahrscheinlich ist, daß das große Kulturwerk des Sonderinteressen der Agrarier zum Opfer fallen muß. Nun, dafür leben wir auch in einem Kultur-Staat.

Ein Mandat niedergelegt hat der antientimliche Abg. Reichskanzler Dr. Bihlhaben, der vorgestern noch im Reichstage so gewaltig sich erhebert, daß ihm der Prästent beizmal zur Ordnung rief. „Gesundheitsminister“

ollen ihn dazu bezogen haben. An seine Stelle wird der frühere Abg. Zimmermann treten, der in der Hauptwahl im vorigen Jahre gegenüber unserem Genossen Grabnauer im 5. hiesigen Wahlkreise erlag. Bihlhaben vertrat den Kreis Hildesheim-Holzmünde und wurde mit 6035 Stimmen gewählt. Die Sozialdemokratie erhielt 2762 Stimmen, das Zentrum ca. 1600.

Endlich! Die Hess. Abg. erklärt, daß Bürgermeister Reichner in Berlin nunmehr befristet ist. Über die Befristung hat einen Haken. Reichner hat sie noch nicht angedeutet und zwar, wie berichtet wird, aus Gründen, die sich schwer beurteilen und besprechen lassen. Armer Reichner! Nun ist er befristet und weiß offiziell nichts davon.

Der Ausschluß Eingers aus der Schuldeputation beschloß die einen Ausschluß der Berliner Stadtverordneten-Versammlung. Es kam zu heftigen Debatten und schließlich wurden die Verhandlungen vertagt, da an eine endgültige Entscheidung nicht zu denken war. Die wasser-schöpfige liberale Mehrheit wird am Ende doch noch unter einer schwächlichen Rechtsverwahrung die Neuwahl eines Mitgliedes zur Schuldeputation vornehmen und damit sich vor dem Kultusminister Boffe decken. Der Freisinn braucht sich wohl nicht zu wundern über die Reichner-Angelegenheit; er hat durch sein laues und rücksichtsloses Verhalten keine andere Behandlung verdient.

Zur Abrüstungskonferenz wird als militärischer Vertreter des Deutschen Reichs Oberst v. Groß, genannt v. Schwarzhoff, nach dem Haag gehen.

Die Samoa-Kommission hat ihre Thätigkeit mit einer sehr schweren Arbeit begonnen: sie folgte einer Einladung des amerikanischen Staatssekretärs Hay zum Diner. Ganz recht so. Bei einem solchem Diner und dem üblichen Champagner gleichen sich die Gegensätze am leichtesten aus. Die Kommission wird die Verwaltung Samoos ungefähr vier Monate führen.

Ein Mantelgesetz soll der altenburgische Landtag erhalten. In der vorigen Woche kam es zu einer fünf-tägigen Sitzung, als Abg. Genosse Kappeler in kräftiger Weise eine Interpellation begründete, die sich auf die Schmälerung des Beizrechts in Altenburg durch Veranlassung von Verboten für game Beizte bezog. Es handelte sich um die Gegen von Neustadt und Neupotsdam, für welchen Streich überhaupt jede Versammlung verboten war. Es wurde mehrmals durch den Prästenten unterbrochen, der mit Wortentzuehung drohte. Staatsminister von Feldorf wurde durch die Rede veranlaßt, in höchst erregtem Tone zu verkünden, daß die Regierung auf Mittel und Wege sinne werde, um für die Zukunft derartige Reden im Landtage unmöglich zu machen! Der Seheime Staatsrat v. Borries, der die Interpellation beantwortete, verließ sich dabei mit dankenswerter Offenheit zu dem Satz: „Ueber dem Koalitionrecht der Arbeiter steht das Recht des Bürgers auf Frieden, Ruhe und Ordnung.“ Bei dieser Gelegenheit hob v. Borries besonders hervor, daß Genosse Stidlein in Altenburg schon 16 mal vorbestraft sei. Da nach der famosen Interpellation des Landtages eine Besprechung der Interpellation oder der Antwort der Regierung unzulässig ist, war die Sache damit leider erledigt. Man kann sich aber nunmehr darauf gefast machen, daß von der Regierung im Einverständnis mit der exzessivenen Mehrheit des Landtages die Gesetzgebung derart geändert wird, daß damit Mantelbestimmungen für die Abgeordneten geschaffen werden.

Der Potsdamer Waisenhaus-Prozess, der besonders wegen des Guinchens des Prof. Bergmann berechtigtes Aufsehen erregte, ist noch nicht zu Ende. Der Staatsanwalt hat gegen die Freiprediger der Schwester Karola Berufung eingelegt. Die sozialdemokratische Fraktion des Berliner Stadtverordneten-Kollegiums hat aus Anlaß dieser Affäre folgenden dringlichen Antrag eingebracht:

„Die Verwaltung erucht den Magistrat, scheinigt die von der hiesigen Waisenhausverwaltung in der katholischen St. Josephs-Waisenhaus zu Potsdam untergeordneten Waisenfinder aus dieser Anstalt herauszunehmen.“

Die politische Nachrichten. Vom Militärkonflikt sind neuerdings in Berlin und Umgebung wieder fünf Schwerkraften betroffen worden. Für die Garnison sind insgesamt 102 Schwerkraften getrennt. Davon entfallen auf Berlin 63, Gumbinnenburg 20 und die übrigen auf die Provinz. Ein großer politischer Konflikt hat am Donnerstag in Graubenz gegen den Redakteur der Gagea Wundt'schen begonnen. Es handelt sich um die Beibehaltung des Graubenz-Größen Staatsanwalts und es soll bewiesen werden, daß ministeriell angeordnet sei, gegen die pol-

Wieder mit aller Geduld vorgehen. Deshalb sind auch alle jungen Reichsbürger bedenklich. Inzwischen haben sich die Arbeitervereine in der Provinz gebildet. Die Arbeitervereine der Provinz sind die stärksten. Dem preussischen Abgeordneten aus dem Kreisamt zu dem Reichsbürger der Wohnungsbauverhältnisse der in Realitäten betriebenen Arbeiter und Unterbauern. Es werden 5 Millionen dafür geschätzt. — Dem Bericht die in den Händen der Provinz beabsichtigen spanischen Gesandten, 2 Richter, 30 Offiziere und 80 Soldaten, zu befehlen, wurde das amerikanische Kommando von 400 Soldaten angegriffen. Auf amerikanischer Seite werden 1 Offizier, 4 Unteroffiziere und 10 Mann vernichtet.

### Inseln.

**Frankreich.** Die Figaro Enthüllungen betreffen heute die Anklagen Picquaris, Jules Roche, Weiss, des Obersten Corbier und Marie Herbergs an Jules Roche. — Briefe von Dreyfus veröffentlicht Joseph Reinach in Siele zum Beweise, daß die Behauptungen national-schillerer Blätter, Dreyfus besahe seine Schuld, auf Verheißungen beruhen. Am 27. Oktober 1898 schickte Dreyfus auf die Mitteilung des Generalgouverneurs von Guyana, daß er bald eine Entscheidung auf sein Verhoffungsrecht zu erwarten habe, an seine Frau:

Ich bin benachrichtigt, daß ich die endgültige Antwort auf mein Verhoffungsrecht erhalten werde. Ich erwarte mich mit Freude und Vertrauen, nicht nicht, daß diese Antwort endlich meine Rehabilitation sein wird. In den nachfolgenden Briefen drückt Dreyfus mehr oder weniger stark die Erwartung aus, daß die Revision bald beendet sein möge.

In dem letzten von Dreyfus an seine Frau geschriebenen Briefe vom 25. Februar 1899 heißt es:

Mit benühter, vertrauensvoller Seele muß ich es der hohen Würdigkeit des Kassationshofes überlassen, meine eble Mütter (er höchlichst in Anspruch zu vollbringen. In Erwartung der Nachricht meiner Rehabilitation erwidere ich nur noch, daß mit allen meinen Kräften, mit meiner ganzen Seele zu umarmen, dich und unsere teuren, angebeteten Kinder. — Das Pariser Justizpalastgericht verurteilte jeden der Angeklagten der Liga der Menschenrechte zu 16 Frks. Geldstrafe unter Anwendung des Gesetzes Besenger. Die Liga beschloß Berufung einzulegen.

### Politisches und Gerichtliches.

8 Nach zwölfjähriger Gefangenschaft ist unter Partrienose, der Richter Emil Hinz, aus Bismarck entlassen worden. Hinz wurde am 17. Oktober 1886 wegen Majestätsbeleidigung auf der gemauerten hohen Straße verurteilt; das Verdictes fand man in dem Umstande, daß Hinz ein Stück mit verarbeitete, welches maßstabeswidrige Abmessungen enthielt. Hinz war häufig krank und mußte mehrfach das Lagerort aufsuchen. Die für rühmliche Verfassung unleser Genossen ist bereit, daß an die Wiedererlangung der Arbeitsfähigkeit vorab gar nicht zu denken ist.

### Parteiangriffe.

— An die Arbeitersekretariate, Gewerkschaftskomitee, Gewerkschaftsvereinigungen, ergeht hiermit das folgende Ersuchen, die von ihnen zur Veröffentlichung gelangenden Studien auch an die Bibliothek des Reichstages gelangen zu lassen. Es ist mehrfach vorgekommen, daß bei unvorhergesehenen Debatten über soziale Vorfälle das Bedürfnis nach gewissen Unterlagen nicht befriedigt werden konnte, weil der Bibliothekar ungenügend die Veröffentlichungen der Gewerkschaften zu beschaffen, weil diese in der Regel im Buchhandel zu ersehen.

Auch werden die betreffenden Verwaltungen ersucht, die Zulassungen an das Partei-Archiv, Reg. Nr. 9, nicht zu verweigern.

### Gewerkschaftliches.

**Zum Reichsrecht.** Von der Streitleitung erhält der Kommissar am Dienstag abend das folgende Privattelegramm:

Neun Fabrikanten haben die Arbeiterforderungen bewilligt. Gebr. Helfer nehmen am Mittwoch die Arbeit auf. Jacoby folgt Donnerstag. Vier Fabrikanten weigern sich noch, die Arbeiterforderungen anzuerkennen. Der Sieg der Arbeiter ist ungewiss, jedoch sind noch weitere Unterhandlungen notwendig. In die Errichtung eines Arbeitersekretariats geht nun-

### Die Entgleisung.

Eine Katastrophe in sieben Tagen nebst einem Vorabend von Ernst von Wolgast.

Es spielte ein paar Jahre lang eine gewisse politische Rolle. Es wurde dann Journalist. Aus der Zeit stammen meine frühesten Erinnerungen. Sie sind sehr unaufrichtiger Natur. Mein Vater war unzufrieden mit seinem Leben, verbittert und verneinend. Er machte meine Mutter, die eine lebensfähige Frau war, das Leben nach Mutter teuer. Schließlich kam es gar zur Scheidung. Zum Glück wurde das möglich, weil nur die Mutter kaufte und die Ehe protestantisch eingetragene war. Ich wurde der Mutter zugewiesen und dann die einjährige Pension von ihrem alten Vater, einem Rhein Handelsmann, mit in den Kauf genommen.

Da sollte ich es nachher recht gut und hätte es noch besser haben können, wenn ich nicht den ganzen reaktionellen Geist und ein wenig von dem größten Temperament des Vaters geerbt hätte. Ich wurde Schulmeister, weil ich mir in meinen schmerzhaften jugendlichen Idealismus einbildete, daß ich, weil mir nun einmal die Fähigkeit und der Will zu eigenen Taten gegeben war, nun auch die heilige Pflicht hätte, diese zu erfüllen. Ich nicht für mich zu beklagen, sondern für die Jugend als lehrbares Vorbild zu überantworten. So lange ich als Probant und vor demselben oder eine Begegnung mit dem letzten Klassenabschluss als Prüfung schreiben lassen durfte, so lange auch die Sache sehr gut gehen konnte, wenn ich nicht die heilige Pflicht hätte, diese zu erfüllen. Ich nicht für mich zu beklagen, sondern für die Jugend als lehrbares Vorbild zu überantworten. So lange ich als Probant und vor demselben oder eine Begegnung mit dem letzten Klassenabschluss als Prüfung schreiben lassen durfte, so lange auch die Sache sehr gut gehen konnte, wenn ich nicht die heilige Pflicht hätte, diese zu erfüllen.

Die Anstalten, die ich den Jünglingen im Gefächts- und Litteraturunterricht beibrachte, erschienen den Herren Direktoren denn doch gar zu unbedeutend. Ihre vorerlichen Ermahnungen, meine Privatstudien hoch zu halten, mich zu betätigen und nur die handbuchmäßig beherrschten Fächer vorzutragen, fruchteten nichts. Ich blieb ein verbotener Sünder, der die kindliche Reuezeit befaß, bis zu seiner Verteidigung auf die Wahrheit zu setzen.

Der größte Teil der Gymnasiallehrer gehöret eben lustig so wie der der Professoren am hiesigen Gelehrten des Randbüchens. Natürlich lag mich die gefühnngswichtige Gesellschaft als einen freien Eingangsring an und trachtete, sich meiner so halb wie möglich zu entziehen. Da ich mich nicht befehle, kam

meist auch Gera. Ein Teil der Gewerkschaften hat sich bereit erklärt, vor Kopf ihrer Mitglieder einen Beitrag von 10 Mark monatlich zu leisten. Die Gründung des Reichsbürger-Bundes als sicher, wenn auch die heilige Pflicht des Reichsbürger-Bundes, die ca. 1200 Mitglieder zählt, ihre Unterlegung aufgibt.

### Ausland.

**Belgien.** Zum Kohlenarbeiterstreik. Im Grubenbetriebe durch den Kohlenstreik im Februar von 10 Wochen monatlich zu leisten. Die Gründung des Reichsbürger-Bundes als sicher, wenn auch die heilige Pflicht des Reichsbürger-Bundes, die ca. 1200 Mitglieder zählt, ihre Unterlegung aufgibt.

### Lokales und Provinziales.

Halle a. S., 20. April 1899.

### Stadtverordnetenwahl.

Die Zeit der Wahl rückt heran. Jeder Arbeiter muß darauf bedacht sein, sich über seine Wahlberechtigung zu vergewissern. Wahlberechtigt ist nur derjenige, der preussischer Staatsangehöriger und mindestens mit 800 M. zu den Gemeindeabgaben veranlagt ist. Diejenigen Arbeiter, die die preussische Staatsangehörigkeit nicht besitzen, müssen umgelandert an die Erwerbung derselben gehen. Die diesbezüglichen Anträge sind bei der Polizeiverwaltung einzureichen. Stadtverordnete, Genosse Karl Krüger, Marktplatz 15, II wohnhaft, hat sich erboten, den Genossen bei der Erwerbung der preussischen Staatsangehörigkeit beizustehen. Genosse Krüger bittet auch diejenigen, denen er in früheren Jahren die betreffenden Gesuche verfertigt hat, sich mit ihm in Verbindung zu setzen, um die Kosten der Erwerbung festzustellen. Erste Vorbedingung für das Gesuch um Aufnahme in den preussischen Staatsverband ist die Beibringung eines Attestes über die gegenwärtige Staatsangehörigkeit. Dieses Attest wird von der Ortspolizeibehörde ausgestellt. Ebenso notwendig ist es, sich Gewißheit darüber zu verschaffen, ob man zur Gemeindefiskus veranlagt ist. Uns ist von verschiedenen Seiten Mitteilung gemacht worden, daß die Veranlagung in diesem Jahre unterbleiben ist, ob aus Versehen oder aus einem anderen Grunde, können wir nicht beurteilen. Alle Wähler der neulich mitgeteilten Bezirke, die keine Steuerveranlagung erhalten haben, müssen dieselbe sofort bei der Einkommensteuer-Einschätzungs-Kommission beantragen. Auch hierbei will Genosse Krüger ihnen beizustehen sein.

Also, Genossen, säumet nicht! Vergewißert euch eures Wahlrechts! Die Handwerker von Deutschland sind wieder eingetroffen und heute ab durch unsere Expedition, Geisstraße 21, sowie durch die Volkshandlung, Rannischestraße 3, zu beziehen. Also im öffentlichen Interesse notwendig und nur zur Verbesserung der Gegend dienend ist die auf dem Marktplatz angelegte Wasserbrücke. So ähnlich hat Bürgermeister v. Jolly in der Stadtverordneten-Sitzung vom 20. März sich in seiner bekannten überzeugenden Weise gegen den Protest eines Stadtverordneten wider die von dem Unternehmer Bernh. behrtragte Auffassung von drei solchen Brücken ausgesprochen. Und wie gesagt — so gesprochen; Spießer brachten sich, wackten nicht. Und warum denn auch haben sie doch schon oft genug gesagt, daß sie recht die Vertreter vor ihren Köpfen haben, — da kann es ihnen gar nichts schaden, wenn ihnen mal eine ganze Vertreterliste davongesetzt wird. Das Schöne an der Sache ist, daß auch die beiden Sachverständigen des hohen Magistrats, der Stadtbaupolizeiter und — der Herr Stadtbaumeister — in jeder Sitzung (wie die Saale-Regung berichtet) her-

vorgehoben haben, daß solche Brücken zur Verbesserung der Gegend dienen. Da sie die müssen's doch wissen, denn die werden doch nicht etwa der Besatzung des Stades wegen begabt! Wenn man nur erst wüßte, an welche Stellen des Parabelplatzes und der Geisstraßenstraße die anderen beiden Wasserbrücken-Wasserbrücken hingeführt werden. Hoffentlich eben so sachverständig, wie auf dem Marktplatz. Im Parabelplatz würde die Einmündung der Burggrabenstraße sich sehr gut eignen und an der Geisstraßenstraße würde die Stelle hinter der Wirthshaus ganz besonders passen sein, weil dort nur ein Teil der Stadtmauer liegt. Das öffentl. wird ein ganz überaus großer, wenn dort der Wasserstempel auf einen kunst- und schönungsvoll ausgeführten eisernen Thürm ähnlichen Unterbau gesetzt würde. Man denke nur: Während die Wasserbrücken hoch oben in der düsternen Region der Geisstraßenbrücke ihre trocknen Rippen zeigen und sich an dem romantischen Umbild ergeben, kann die Stadtmauer ohne Panzen unten hindurchgehen. Da die Ansicht von dort oben wirklich eine sehr reizvolle ist, so könnte eventuell noch ein kleines Entree von den Befestigern erhoben werden. Denn da der Herr Bürgermeister bestimmt haben, daß 30 M. Standsgeld pro Brücke und Jahr genug seien und die bekannte Majorität der Stadtverordneten selbstverständlich damit einverstanden war, so könnte den paar Opponenten damit vielleicht eine Freude bereitet werden, daß man ihnen auch mal eine Konzeption macht und doch noch ein paar Mark mehr einzunehmen bereit ist — sofern nur die Laib des Unternehmers dabei geblieben bleibt. Was nun die Verbesserung des Marktplatzes anbetrifft, so könnte den Sachverständigen eine Idee, die unterer Kunstschaffes Gehirn entkam, wohl annehmbar erscheinen. Er empfiehlt nämlich unter der Devise: „Gleiches Recht für alle Spulanten“ folgendes: Um die Verbesserung des Marktplatzes im höchsten Sinne des Wortes abzurufen und auch anderen Gewerbetreibenden die gleiche wohlweise fähige Fürsorge angedeihen zu lassen, wolle man geneigt sein, um den Marktplatz herum für nachstehende Artikel Brücken aufstellen zu lassen, und zwar: für Wägen, halbeschen Ankerben, Saucisgen, Aufstapelfurten, Apfelsinen, Pistangen, Jigaren, Sittelwischer, Pfefferkörner, Dienstmäuser, saure Gurken, Blumen, Käse, Gallenentzungen u. s. w., zwischengehend immer eine Platanale, auf deren jeder an hervorragender Stelle die Verleichte der Stadtverordneten dem heimischen und fremden Publikum kund und zu wissen geben werden. An erster Stelle würde da zu vermerten sein: Klausbrücke — Peißingbrücke! — Wenn aber die „Verleichte der Gegend“ nicht auf die Kunstschaffes Idee eingehen wollen, dann mögen sie die Wasserbrücke Nr. 1 im öffentlichen Interesse in den Stecken-Verleichten Kommerzienwinkel an Kleinigkeiten stellen; dort hindert sie niemand und steht Iustrativ für den Unternehmers — das scheint doch die Hauptfrage zu sein.

Ein ablen Gesehwahet ist ein Student zum Opfer gefallen. Gestern abend gegen 7 Uhr sprang an der Ecke Geisstraße und Alte Promenade ein Student von der elektrischen Bahn ab, während diese sich im vollen Gang befand. Er stürzte und fiel mit dem Kopf so unglücklich auf die Bordkante, daß er bewußtlos liegen blieb. Man schaffte ihn in das Jigaren-Geschäft von Steinbrecher u. Jasper, wo dem Verletzten der erste Beistand zu teil wurde. Es kann vor dem rechtzeitigen Abbringen von dem Motorwagen nicht genug gewarnt werden. Bei den ungemein hohen und unpraktischen Kritikrettern ist die Gefahr einer Verunglückung eine sehr große.

Eine Deputation an Wilhelm II. wollen die hiesigen Kräftevereine entsenden, um zu verhindern, daß Wilhelm I., Bismarck und Wolke, „im bloßen Kopf“ auf die Passanten der Poststraße herabblauen. Ob Herr Wegemann an die Spitze der Deputation gestellt wird, wissen wir nicht.

Abtunng, Formel! In der landwirtschaftlichen Majestät von Otto Schmidt in Rauenow sind die Formeln in den Ausnahm getreten. Dr. Firma ludt anfer-

ich viel in den westlichen Provinzen herum, ohne doch dabei Karriere zu machen. Auf diese Weise bin ich sechsmal dreißig Jahre alt geworden. Eine den Obererheitlich zu kriegen, obgleich ich das Eramen für die vor einer langen Reihe von Jahren gemacht habe. In meinen geheimen Veronaltungen mögen schon Dinge liegen, ertragen mit wohl feiner meine wiffen, obgleich unbedingte Beibehaltung befrüchten habe. Ich hüete mich jedoch vor jedem agitatorischen Auftreten in Vereinen und bei politischen Gelegenheiten auf das sorgfältigste, und gegen meine sittlichen Lebensnabel bürteln ich aber Abblüster kaum etwas einzuwenden gehabt haben. Trogtrom wurde ich, wie gesagt, immer noch länger Zeit wieder abgeben, wenn auch in anhängiger Form.

Man legte es mir begehnen nahe, mich anderswo zu bewerben. So war ich wenigstens nie der Fortgezte — bis zuletzt. In mein letzter Herr Direktor, das war ein Herr, an dem Sie auch Ihre Freude gehabt hätten: ein Strecker dieser Rasse, brühtete sich mit seinen sogenannten Meinungen, die ich nicht mehr bloß reaktionär, sondern einfach borniert waren, und verlangte von uns Verehrern, wir sollten Sonntags mindestens einmal in die Kirche gehen. Raubendend nach oben und von lächerlich aufblühendem Hochmut nach unten. Selbstverständlich geriet ich mit diesem mühsigen Herrn sehr bald in Konflikt. Aber hier war ich noch zu verfallen, wie in den meisten meiner früheren Stellungen. Nurher zwei oder drei Fünftelstunden, die der Direktors Wunsch geordnet, hatte ich ähnliche Konflikte auf meiner Seite. Denn mit keinem dummen Hoch zu machte er sich selbst dem Garmislofen und Gebühleren vergrüßelt.

Ich hatte ein paar mal mit dem Genüß nicht verlagen können, ihn in den Verkehrserreuen mit einigen bodenlosen Dumms beiheim gelübt abzuweisen zu lassen. Infolgedessen beehrte er mich mit einem unmöglichen Paß und gab mir zu verstehen, daß ich gut thun würde, meinen Handrath baldmöglichst weizier zu legen. Aber diesmal wollte ich es darauf ankommen lassen. Ich ertrug mich der Achtung meiner Kollegen und der Liebe meiner Schüler. Es war befferes Material darunter, als ich es bisher angetroffen hatte, weil in der Stadt überhaupt ein reteres geistiges Leben herrschte.

Ich hüete mich um so mehr dort, als auch meine Hüthe dort ganz besonders glücklich war. Sie hatte, zum erstenmal eigentlich, Altersgenossen gefunden, die ihr geistig einermachen ebenfalls waren. Sie hatte Fremdbreuen gefunden, an denen sie feine Familien, in denen sie gern gesehen war, auch einige Ältere fanden, die ihre Hüthe nicht nur mitgeteilt, sondern mitgeteilt und die dem Sinne natürlich ganz besonders wohlthun mußte. Und nun denken Sie, was mein Freund, der Direktor, für eine niederträchtige Bosheit erlangte, um mich mit Gewalt loszujagen, da ich gutwillig nicht gehen wollte.

Er ließ es durch seine Frau in den Familien beurlauben, unberichtigt sogar an der Provinzialverwaltung, daß ich einen unstilligen Lebenswandel führe, welcher öffentlichen Ansehen zu kriegen, und ein schlechtes Beispiel zu geben geeignet sei. Mein Verhältnis zu meiner Hüthe hatte man wenigstens bisher nicht ungenügend gekannt. Man hätte mich, man hätte mich fragen können, einen Hüthe gehalten, obwohl ich keine Hüthe war. Unter verstandigen Leuten hätte ich aber kein Zeit daraus gemacht, daß ich nie verbeztet gewesen sei. Diese Befehle muß wohl dem frommen Herrern zu Ehren gefommen sein, und er verstand sie so geschickt aufzunehmen, daß ich wirklich eines Tages meine Entlassung erhielt wegen dieses der Hüthe des Reichslandes nicht angemessenen Verhältnisses zu meiner unehelichen Tochter und wegen des Ansehens, den ich dadurch gerade in den besten Familien der Stadt erregt hätte.

Das war kurz vor Schluß des Semesters, eine neue Stellung war al bei einem solchen ich worden Herr in der Konduktente — natürlich nicht so leicht zu erlangen. Das zwang mich, das Angebot unseres Mittelmeeres anzunehmen. So, da haben Sie meine kleine Geschichte. Was sagen Sie dazu?

Der Lehmann blieb hien, klopte dem Doktor freundlich auf die Schulter und sammelte: „Was soll ich sagen? Mein Gott... ich freue mich.“

„Sie freuen sich?“

„Ja, über die schöne harmonische Ausgestaltung, über die sonderbare Regelung aller Verhältnisse in einem lieben Vaterlande, bald. Ich freue mich darüber, daß nicht nur beim Willkür landen auch in der Hüthe und in der Schule des Reichslandes die Gemüthen vorgefrüht werden. Wenn das uns nicht den selten Befund unserer gegenwärtigen glorreichen Kulturhöhe auf mindestens ein Jahrundert garantiert, dann kann ich mich nicht — Entschüden Sie übrigens eine Formel: weiß Bringe, wie Sie zu Ihnen steht?“

„Ja, über die natürlie Dinge nie vor meinem Hüthe verzeihen. Da ich sie nie in die Schule geschickt, sondern ganz allein ertragen habe, so wüßte ich ganz genau, daß ich die Kenntnis der Wirklichkeit feine Schöben thun konnte. Ich habe sie nicht übermäßig viel lernen lassen, aber feine alle Dinge ertrüben mit ihr betrieben. Dadurch ist ihre Urteilskraft mehrzubig für ihr Alter entwickelt worden. Ich kann die meisten Dinge mit ihr fast wie mit einem Erwaachsenen besprechen. Wenn Sie sie näher kennen lernen, werden Sie finden, daß bei dieser Erziehungsart die Werte der feine Gemüthen durchaus nicht gelitten hat, aber den wahren Grund meiner Entlassung, den habe ich ihr doch verzeihen können.“

(Fortsetzung folgt.)



